

Pressemitteilung
Kiel, 27.04.1998

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Gesetzliche Regelung im Umgang mit Gentests erforderlich

Auf dem Hintergrund des Mordfalls Christina zeichnet sich eine bedenkliche Entwicklung im Umgang mit Gentests ab. Der SSW-Landesverband forderte auf seiner jüngsten Sitzung die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen ein, die geeignet sind, den Umgang mit Gentest-Ergebnissen umfassend zu regeln.

"Es kann nicht sein, daß die Unschuldsvermutung faktisch über den Haufen geworfen wird. Nichts anderes steht aber bei groß angelegten Massen-Gentests für diejenigen zu befürchten, die keine Bereitschaft zeigen, an derartigen Test mitzuwirken. Dabei müssen auch diejenigen Männer, die sich einem solchen Test nicht unterziehen wollen, weiterhin als Unschuldige gelten. Dieser rechtsstaatliche Grundsatz ist von allen Beteiligten zu beachten. Bedauerlich nur, daß man daran erinnern muß," so die SSW-Landesvorsitzende, Gerda Eichhorn.

Die Mitglieder des SSW-Landesverbandes sprachen sich einmütig gegen die zentrale Speicherung von DNA-Profilen in Ermangelung einer gesetzlichen Grundlage aus. Es sei ein Gesetz erforderlich, daß genaue Angaben darüber enthalte, bei welchen Straftaten die Erstellung von DNA-Profilen überhaupt zulässig sei. Gleichzeitig müsse die Speicherdauer und die Art und Weise der Speicherung im Sinne des Datenschutzes umfassend geregelt werden.

"Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Im Augenblick sind wir aber Zeugen einer Entwicklung, die von einer Abkehr des grundgesetzlichen Schutzes der Bürgerinnen und Bürger vor dem Staat hin zu einem Schutz der Bürgerinnen

und Bürger durch den Staat gekennzeichnet ist. Dies ist durch die Beispiele Europol, den Großen Lauschangriff sowie die Schleierfahndung gut zu belegen. So spricht Hessens Datenschutzbeauftragter im Zusammenhang mit dem Massen-Gentest im Kreis Cloppenburg zutreffend von einer "genetischen Schleierfahndung". Der SSW ruft alle Verantwortlichen dazu auf, die Abkehr vom Rechtsstaat zu überdenken," so die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag und Mitglied des Landesvorstandes, Anke Spoorendonk.